

Kinderstimmen mahnten zum Sparen

Usters Parlament zog beim Budget Sparschraube an und belässt den Steuerfuss auf jetziger Höhe

cb/fw: Im Voranschlag 2005 Usters wird weiterhin mit einem Millio-nendefizit gerechnet. Das Parla-ment hat das Minus mit Kürzungen bei Kultur, Sport, Heimwesen und im Strassenunterhalt allerdings reduziert. Uster belässt den Steuerfuss bei 98 Prozent.

Etwas Besonderes hatte sich Finanzvorstand Heinz Wolfensberger zum Auftakt der letztlich fast fünfständigen Budgetdebatte einfallen lassen. Diese wurde vom Kinderchor der Jugendmusikschule Uster Greifensee mit einem Mani-Matter-Chanson eröffnet. Und so leitete der Schluss des Sidi Abdel Assar vo El Hama «Und dankt: Hätt i doch früecher afa spara, spara, spara» nahtlos über zu den nachfolgenden Sparanträgen.

Steuerfuss beibehalten

Wie Wolfensberger betonte, beantrage der Stadtrat vor dem Hintergrund der guten Finanzbasis – die Stadt weist ein Eigenkapital von rund 100 Millionen Franken auf – sowie aufgrund der finanzpolitischen Ziele und der letztjährigen Steuererhöhung einen unveränderten Steuerfuss von 98 Prozent.

Die Rechnungsprüfungskommission schliesse sich diesem Antrag an, meinte Präsident Stefan Lehmann (fdp), während Reto Dettli (sp) im Namen seiner Fraktion festhielt, dass man nicht um eine Steuerfusserhöhung herumkomme. Elisabeth Hürlimann (svp) vermochte die geforderte Optimierung im Budget nur teilweise zu erkennen und kündigte Kür-

zungsanträge an. Im Laufe der Debatte war es dann die bürgerliche Ratsseite, die sich durchsetzen konnte, während die Linke sich vergeblich gegen die meisten Kürzungsanträge wehrte.

Ja zur Wirtschaftsförderung

In der Detailberatung passierte das Budget der Primarschule, das nach jüngsten Korrekturen noch um 96 000 Franken höher liegt, ebenso wie jenes der Heilpädagogischen Schule. Primarschulpräsidentin Sabine Wettstein versicherte, man werde die in den Kommissionen umstrittenen Ausgabeposten Schwimmunterricht und musikalische Grunderziehung im Rahmen einer allgemeinen Leistungsüberprüfung diskutieren.

Vergeblich stellte Urs Streit (svp) namens seiner Fraktion den Antrag, den Budgetposten von 20 000 Franken an das Regionalmarketing Zürcher Oberland zu kürzen. Bisher habe die Wirtschaftsförderung nichts gebracht. Stadtpräsidentin Elisabeth Surbeck wehrte sich für eine Beteiligung, denn andernfalls müsse man auf wertvolle Informationen verzichten.

Es müsse sichergestellt bleiben, so Surbeck, dass Uster an regionalen Initiativen teilhaben könne. Die Stadt müsse sich klar zum Oberland bekennen, andernfalls laufe sie Gefahr, sich zu isolieren. René Biber (fdp) lehnte den SVP-Antrag ab, forderte aber eine Neuorientierung der Wirtschaftsförderung Zürcher Oberland. Mit 21 gegen 10 Stimmen der SVP wurde deren Antrag abgelehnt.

Kostendeckungsgrad erhöhen

Gleich erging es dem Kürzungsantrag über 147 400 Franken von Robert Alge

(svp), der den Verzicht auf den Kulturbeauftragten zum Ziel hatte. Stefan Feldmann (sp) meinte gar, der Antrag sei nicht NPM-konform und unzulässig. Mit 23 Stimmen von FDP, SP, EVP und CVP gegen 11 Stimmen von SVP und SD wurde der Antrag abgelehnt. Im gleichen Stimmenverhältnis wurde auch der SVP-Antrag auf Streichung der 25 000 Franken für die Ausstellungen im Stadthausfoyer abgelehnt. Im Weiteren folgte der Rat zwei Kommissionsanträgen: Der Kostendeckungsgrad der Stadt- und Regionalbibliothek soll von heute 15,4 auf 22 Prozent erhöht werden, und für die Villa am Aabach soll eine neue Trägerschaft geschaffen werden, sodass die Stadt finanziell entlastet würde.

Keine Chance hatte ein Antrag von Rolf Graf (sp), die zusätzlichen Abschreibungen um die Hälfte auf noch 1,5 Millionen zu reduzieren. «Abschreibungen sind über die gesamte Nutzungsdauer zu verteilen», meinte er. 3 Millionen seien nötig, fand Werner Egli (svp), da diese Abschreibungen vor spontanen Mehrausgabenwünschen der Ratslinken schützten. Ein Konsens bezüglich Sparen herrschte einzig beim Strassenunterhalt. Zwar wurde auf eine Kürzung in der Investitionsrechnung verzichtet, dafür mit 23 Stimmen von SVP, FD, SP, CVP und SD gegen 8 von SP und EVP der Globalkredit um 250 000 Franken gesenkt. Auch einigte man sich darauf, den Unterhalt minimal zu gewährleisten.

Eine längere Diskussion entsprang der Frage, ob durch die Zusammenlegung der Führung der beiden Altersheime Im Grund und Dietersrain auf Ende Januar bereits ein Sparpotenzial resultiere.

Während sich Stadträtin Esther Rickenbacher gegen voreilige Schritte wehrte, fand Egli, dass im Sachaufwand Synergien möglich seien. Mit 18 bürgerlichen gegen 16 Stimmen von SP und EVP wurden bei den Heimen 200 000 Franken eingespart. Ebenso eindringlich warnte Rickenbacher auch vor Abstrichen bei den Personalkosten und dem baulichen Unterhalt der Sportstätten. Mit dem Stichentscheid von Ratspräsident Rolf Denzler (svp) wurden jedoch auch hier 200 000 Franken weggenommen. Zudem wurde der Bereich Sport damit beauftragt, 100 000 Franken an Zusatzeinnahmen über Sponsoring zu generieren.

Keine Steuererhöhung

Der Aufruf der SP-Fraktion am Ende der Budgetdebatte, nicht nur die Ausgaben-, sondern auch die Einnahmenseite müssten in finanziell schwierigen Zeiten angepasst werden, verhalte im Ustermer Gemeinderatssaal. Die bürgerliche Ratsseite samt EVP schmetterte den SP-Antrag, den Steuerfuss um 2 auf 100 Prozent zu erhöhen, mit 22 zu 12 Stimmen ab. Gemeinsam mit dem ebenfalls unveränderten 19-prozentigen Steuerfuss der Oberstufenschulgemeinde bleibt der Gesamtsteuerfuss in Uster bei 117 Prozent. FDP- und SVP-Vertreter wiesen mit Nachdruck auf die bereits letztjährige Erhöhung des Steuerfusses um 2 Prozent hin und warfen der SP-Fraktion mangelnden Sparwillen vor.

Das Budget der Stadt sieht bei Ausgaben von 173 Millionen und Einnahmen von 169 Millionen ein Defizit von 4,2 Millionen Franken vor. An Nettoinvestitionen sind 16 Millionen geplant.

Den Bengel hoch geworfen

Der Ustermer Gemeinderat ist bereit, im kommenden Jahr ein Defizit einzufahren. Dieses soll allerdings bei gleich bleibenden Steuereinnahmen so gering als möglich ausfallen. So hat der Rat, wo er noch Sparpotenzial ausmachte, am Montag gleich den Rotstift angesetzt – und dies nicht zu knapp.

Vorbei sind die Zeiten, als im Budget bei fast jedem Posten noch eine Sicherheitsmarge eingebaut werden konnte, was auf schleichendem Weg schliesslich zu stets steigendem Aufwand führte. Verwaltung und Stadtrat haben diese Polster mittlerweile entfernt.

Dieses Abspecken reichte dem Gemeinderat aber noch nicht. Bewusst hat er beispielsweise im Sportbereich oder beim Strassenunterhalt die Mittel derart knapp bemessen, dass sie nicht mehr sicher zur vollständigen Aufgabenbewältigung ausreichen. Diese Mittelknappheit nimmt nicht nur jegliche Gelüste zur Übernahme neuer Aufgaben, sondern kann auch anregend wirken und zu kreativen Ansätzen führen. Nur wer den Bengel hoch wirft, kann über sich hinauswachsen.

Noch ist allerdings nicht abzuschätzen, ob der Wurf vielleicht zu hoch geraten ist. Wird es bei den Ausgaben knapp, kann notfalls noch auf etwas verzichtet werden. Wenn allerdings bei den Einnahmen ambitionierte Ziele gesetzt werden, reicht eigenes Handeln nicht, ist deren Erreichung doch zu einem guten Teil fremdgesteuert. Jedenfalls darf sich der Rat nicht wundern, wenn sich die angepeilten Sponsoringeinnahmen von 100 000 Franken im Sportbereich letztlich als Wunschdenken herausstellen.

Christian Brändli